

Wenn Land zum Spekulationsobjekt wird

Gewalt gegen indigene Gruppen, die sich dem Landraub im brasilianischen Mato Grosso widersetzen



Foto: FIAN BRASILIEN

Als Reaktion auf den Überfall auf das Dorf Ñanderu Marangatu und auf den Gesetzesvorschlags PEC 215 besetzten etwa 200 Indigene und Mitglieder der Dachorganisation *Articulação dos Povos e Comunidades Tradicionais* während einer öffentlichen Anhörung am 5. Oktober 2015 symbolisch das Parlament.

Am 29. August 2015 überfiel eine Gruppe von etwa 100 teilweise Bewaffneten das indigene Dorf Tekoha Ñanderu Marangatu im Bundesstaat Mato Grosso do Sul, Brasilien. Es gab mehrere Schussverletzte und ein Toter wird beklagt: der 24-jährige Semião Vilhalva. Laut Augenzeugenberichten sollen auch Großgrundbesitzer, Stadträte, Abgeordnete und sogar ein Senatsmitglied an dem Überfall beteiligt gewesen sein. Dieser gravierende Vorfall markiert ein neues Ausmaß der Gewalt, denn nun werden auch ganze Dörfer der der Guaraní-Kaiowá Zielscheibe von Angriffen. Seither kam es zu 15 weiteren Überfällen dieser Art auf Guaraní-Dörfer. Hintergrund sind Landnutzungskonflikte zwischen dem expandierenden Agrobusiness und den Guaranís, die seit über 40 Jahren darum kämpfen, ihr Land wiederzugewinnen. Unter Präsidentin Dilma ist die Absicherung von indigenen Territorien (Demarkation) jedoch fast zum Stillstand gekommen. Die heutige Regierung setzt lieber auf Neo-Extraktivismus und die *Indigenas* werden dabei als Hindernis für die Entwicklung Brasiliens wahrgenommen.

VON REGINE KRETSCHMER

Die Guaraní-Kaiowá¹ im Bundesstaat Mato Grosso do Sul sind in der Vergangenheit massiv wegen ihres Kampfes um Land angegriffen worden. Zwischen 2003 und 2013 kam es zu 150 Landkonflikten. Im Lauf der Auseinandersetzungen

wurden 18 indigene AnführerInnen umgebracht. Die Morde nahmen im Jahre 2014 schlagartig zu, 23 Kaiowá fanden zwischen Januar und Oktober 2014 einen gewaltsamen Tod. Der eklatanteste Fall war der Mord an der 28-jährigen Marinalva Manoel am 1. November 2014, die wenige Wochen vorher an einer Delegation indigener SprecherInnen teilgenommen hatte, die von den Behörden in der Hauptstadt Brasilia die Rückgabe ihres Landes und die Achtung ihrer Menschenrechte einforderte. Sie wurde mit 35 Messerstichen getötet. Nirgendwo in Brasilien werden so viele Indigene umgebracht wie in Mato Grosso do Sul. Der katholische Indigenenmissionsrat (*Conselho Indigenista Missionário* – CIMI) und die Ethnologische Vereinigung Brasiliens (ABA) machen die aktuelle Regierung dafür verantwortlich und verweisen auf einen direkten Zusammenhang zwischen fehlender Landabsicherung und der Zunahme an Gewalt gegen die Kaiowá. Seit 1988 wurde unter keiner Regierung weniger indigenes Land demarkiert als unter der aktuellen Präsidentin Dilma Rousseff. Der Anwalt Rogério Batalha Rocha resümiert: „In Mato Grosso do Sul lebt die zweitgrößte indigene Bevölkerung des Landes, hier gibt es die niedrigste Anzahl an Demarkationen und die höchste an Menschenrechtsverletzungen. Dies ist eine direkte Folge der systematischen Unterlassung der Regierung.“

Die kritische Lebenssituation in den überfüllten Reservaten, von Hunger, Unterernährung und Krankheiten gekennzeichnet, empfinden die Kaiowá als einen langsamen, aber sicheren kulturellen und sozialen Tod. Die massiven Suizide, vor allem von jungen Männern, sind ein Ausdruck dieser Situation; damit lehnen sie den Lebensstil ab, den ihnen die brasilianische Gesellschaft anbietet. Nirgendwo in Brasilien

1) Die rund 43 000 Kaiowá sind das zweitgrößte der 305 indigenen Völker Brasiliens. Sie gehören zur Nación Guaraní, deren Gesamtzahl sich auf etwa 300 000 Menschen beläuft, die in Brasilien, Paraguay, Bolivien, Argentinien und Uruguay leben.

gibt es so viele Suizide von Indigenen wie in Mato Grosso do Sul. Aus dieser hoffnungslosen Situation heraus besetzen die Guaraní Ländereien, da sie sonst keine anderen Überlebenschancen mehr sehen.

Durch die Besetzungen (die sogenannten *retomadas*) versuchen sie Teile ihrer Territorien wiederzugewinnen. Anders als bei der Landlosenbewegung MST oder den Bauernorganisationen handelt es sich bei den BesetzerInnen um kleine Verwandtschaftsgruppen, die sich angesichts der Machtfülle der Großgrundbesitzer und Unternehmer in einem äußerst ungleichen Kräfteverhältnis befinden.² Als Antwort auf die *retomadas*, die seit den 90er-Jahren zunehmen, organisieren sich die Großgrundbesitzer und heuern Auftragsmörder, *pistoleiros*, an, um den Forderungen der Kaiowá nach Land entgegenzutreten.

Die Durchsetzung der Ansprüche der Kaiowá gestaltet sich aber immer schwieriger, da Land zur Ware wird (Inwertsetzung) und landwirtschaftliche Produkte auf dem Weltmarkt immer gefragter werden. Trotzdem wollen die Kaiowá die *retomadas* weiterführen und Teile der verlorenen Territorien zurückhaben, denn Land bedeutet für sie mehr als ein Stück Boden zum Pflanzen und Wohnen. *Tekoha* (Guaraní-Konzept für Territorium) ist der Raum (-*ha*), wo die Guaraní ihre Kultur und Lebensweise (*teko*-) leben, und dies kann nur eine harmonische Beziehung zwischen Mensch, Natur und spiritueller Welt gewährleisten.

Der Bundesstaat Mato Grosso do Sul gehört zu einer der ökonomisch entwickeltesten Regionen Brasiliens und pflegt wirtschaftliche Beziehungen zu China, den USA und Europa. In Mato Grosso do Sul, wo Großgrundbesitz vorherrscht, hat sich die Agrarproduktion von 2005 bis 2013 fast verdreifacht, das sind deutlich höhere Zuwachsraten als im nationalen Durchschnitt. Die Region ist geprägt von mechanisierter Landwirtschaft mit großflächigen Monokulturen von Soja, Mais, Zuckerrohr und Eukalyptusplantagen, in denen die Guaraní-Dörfer wie kleine Inseln erscheinen. Etwa 1,6 Prozent der Fläche von Mato Grosso do Sul sind den Guaraní zugesprochen worden, während 85 Prozent von expansiver Landwirtschaft beansprucht werden.

Die Agrarwirtschaft Brasiliens hat mit der Krise 2008 einen neuen Impuls erfahren. An internationalen Börsen wird Land als Ware gehandelt und die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten steigt kontinuierlich. Zwischen 2000 und 2014 verdoppelte sich die Anbaufläche von Soja und 2012 wurde in Mato Grosso do Sul drei Mal mehr Zuckerrohr angebaut als noch 2007.

Die Länder der EU sind wichtige Abnehmer von Zuckerrohr, Soja und Rindfleisch aus Brasilien und dadurch mit verantwortlich für Vertreibung und Gewalt.

Mato Grosso do Sul gehört zu den fünf Bundesländern Brasiliens mit dem höchsten Umfang von *Land Grabbing* (Landraub durch mächtige nationale und internationale Akteure): Elf Prozent der Fläche des Bundesstaates befanden sich 2010 in der Hand von ausländischen Unternehmen. 2015 registrierte die Universität UNESP 28 Fälle von Kauf oder Pacht großer Ländereien durch ausländische Unternehmen, darunter multinationale Giganten wie Cargill, Bunge, Monsanto und ADM. Die Dunkelziffer liegt allerdings höher,

da dubiose Firmengeflechte die Herkunft der Besitzer verschleiern. Internationale Firmen kaufen oder pachten über vermittelnde Unternehmen Land und hebeln so die Gesetzgebung aus, die den Kauf großer Flächen durch Ausländer untersagt.

Dass auch deutsches Kapital in *Land Grabbing* in Mato Grosso do Sul involviert ist, kann nicht ausgeschlossen werden. Die Menschenrechtsorganisation FIAN konnte am Beispiel der Pensionskasse der Ärztekammer Westfalen-Lippe nachweisen, dass Gelder ihrer Mitglieder in einem globalen Fonds angelegt wurden, der über Zwischenhändler in Brasilien Land aufkauft. Bekannt ist, dass der DSW-Fonds der Deutschen Bank in Ländereien in Brasilien investiert. Roman Herre von FIAN sagt dazu: „Insbesondere über Finanzinvestitionen – also Banken und Investmentfonds – finanzieren deutsche Gelder *Land Grabbing* in Brasilien. Angesichts der hohen Intransparenz dieses Sektors und der komplexen Firmengeflechte, über die Beteiligungen und Finanzflüsse weiter verschleiert werden, kann eine direkte Beteiligung deutscher Gelder an Investitionen in Mato Grosso do Sul nicht ausgeschlossen werden. Einzelne Indizien deuten unmittelbar darauf hin.“ FIAN kritisiert diese Investitionen im Hinblick auf die Menschenrechte als höchst fragwürdig und sieht akuten Handlungsbedarf.

Derzeit mobilisieren indigene Völker in ganz Brasilien die öffentliche Meinung gegen den Gesetzesvorschlag PEC 215, der vorsieht, dass künftig das Parlament und nicht mehr die Regierungen Demarkationen durchführt. Im neu gewählten Parlament verfügen die *ruralistas*, Großgrundbesitzer und Vertreter des Agrobusiness, über eine Mehrheit. Gravierend ist zudem die Tatsache, dass PEC 215 die Umsetzung von Großprojekten ohne Zustimmung der indigenen Völker erlaubt. Polizei und Militär wären befugt, in die Territorien einzugreifen. Dies bedeutet nichts anderes, als dass die Lobbyisten und Repräsentanten des Agrobusiness ihren Unternehmen gestatten können, indigene Territorien und deren Ressourcen auszubeuten. Für die Indigenen würde dieses Gesetz das endgültige Aus bedeuten, da es ihre Lebenswelten in höchstem Maße bedroht. Der Gesetzentwurf verstößt gegen grundlegende Rechte dieser Völker, die in der nationalen Verfassung von 1988 und in von Brasilien ratifizierten internationalen Abkommen, etwa der ILO-Konvention 169, festgeschrieben sind.

Besonders kritisch ist die Klausel des Zeitrahmens (*marco temporal*), der alle bereits erhobenen Ansprüche auf Territorien traditioneller Gemeinschaften, die nicht vor dem 5. Oktober 1988 in den reklamierten Ländereien gelebt haben, zunichte macht. 330 Gemeinschaften wären davon betroffen, deren Rechtsansprüche sich seit Jahren in den bürokratischen Mühlen eines komplexen Landabsicherungsprozesses verfangen.

Die politische Situation in Brasilien war noch nie so schwierig, so lautet der Konsens des Seminars mit VertreterInnen traditioneller Gemeinschaften im November 2015 in Höchst. Zum Abschluss der Veranstaltung erging ein Appell an die deutsche Öffentlichkeit, konkrete Aktionen zu planen und politisch auf europäische und brasilianische EntscheidungsträgerInnen einzuwirken. ■

2) Die MST bereitet ihre Besetzungen intensiv vor, wozu auch eine gute Öffentlichkeitsarbeit gehört, mit der gegen mögliche Räumungen mobilisiert wird.

3) Das Seminar „Neue alte Vielfalt – Traditionelle Völker und Gemeinschaften in Brasilien“ fand vom 27.– 29.11.2015 in Höchst im Odenwald statt; vgl. www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/runder-tisch-brasilien/rtb-2015-1